

SPD: Bildung in SH für Eltern zu teuer!

Martin Habersaat, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und ihr bildungspolitischer Sprecher, referierte auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB) der drei Nordkreise auf dem „5. Dagebüller Gespräch“ über das Thema Bildungskosten für Eltern. „Mit der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen repräsentativen Erhebung durch das Leibniz-Institut der Christian-Albrecht-Universität in Kiel wissen wir jetzt zum ersten Mal exakt, welche schulischen Bildungskosten von den Eltern im Land Schleswig-Holstein im Jahr zu tragen sind, nämlich im Durchschnitt 996 €.“, so Habersaat zu Beginn seines Vortrages. Diese schlüsseln sich auf in 89 € für Verbrauchsmaterial, 180 € für Klassenfahrten, Theaterbesuche etc., 170 € für die häusliche schulische Ausstattung, 105 € für notwendige Sportbekleidung, 50 € für Bücher und Atlanten, 300 € für die Ganztagsbetreuung und Schülerbeförderung sowie 102 € für Nachhilfe.

Für die Vorstandsmitglieder der AfB in Flensburg, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sind die Bildungskosten für Eltern eindeutig zu hoch. Elke Krapoth-Krüger, die stellvertretende Landesvorsitzende der AfB, hält das für einen bildungspolitischen Skandal: „Das widerspricht allen Forderungen der SPD nach sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Bildungssystem.“ Auch Bernd Börensen aus dem Kreis Nordfriesland stimmte ihr zu, unterstrich aber, dass man weiter differenzieren müsse: „Es sind häufig nicht die bildungsnahen Elternhäuser oder die Familien, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, die an finanzielle Grenzen stoßen, sondern ganz normale Familien aus dem sogenannten Mittelstand, deren Einkommen kaum ausreicht, um mehrere Kinder gut durch die Schulzeit zu bringen.“

„Nachdem die Zahlen nun auf dem Tisch liegen, muss die SPD in der nächsten Legislaturperiode hier dringend initiativer werden“, fordert Thomas Löwenbrück, der AfB-Vorsitzende aus Nordfriesland in Richtung Habersaat. Diskutiert wurden die hohen Kosten für Klassenfahrten, wobei die Verantwortung dafür aber weiter bei den Schulen verbleiben, das Land aber konkrete Empfehlungen für die Kostenhöhe und die Zielorte aussprechen sollte. Das gleiche gilt für die Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien, die immer wichtiger werden und in naher Zukunft nach Auffassung von Lea Schulz, der AfB-Vorsitzenden aus Flensburg, „allein aufgrund der Aktualität, aber auch im Hinblick auf individuelle Fördermöglichkeiten das Schulbuch zunehmend ersetzen werden“. Das beinhaltet nach Löwenbrück allerdings auch die Forderung an die Schulträger, die Lehr- und Lernmitteleinsatz für die Finanzierung digitaler Medien zu öffnen.

„Auch die hohen Schülerbeförderungskosten sind uns ein Dorn im Auge“, unterstrich Dr. Hans-Werner Johannsen, der AfB-Vorsitzende aus Schleswig-Flensburg: „Mittelfristiges Ziel muss ein preiswertes landesweites Schülerticket für alle Schulstufen und Schularten sein!“ Hier konnte Martin Habersaat aus dem Landtag einen ersten Einstieg vermelden: „Wir werden demnächst ähnlich wie das Semester-Ticket für die Studenten ein kostengünstiges Azubi-Ticket auf den Weg bringen.“

Die Diskussion weiterer wichtiger Aspekte, wie die Kosten für die Ganztagsbetreuung oder das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), aus dem die SPD gerne eine Kindergrundsicherung machen würde, sollen im Vorfeld der Bundestagswahl mit Bildungsexperten aus dem Bund in dieser Runde weiter thematisiert werden.